



v.l.n.r. Jan Mücke, Hartmut Fiedler, Heinz-Peter Hausteinecke MdB, und des Staatssekretärs im Sächsischen Wirtschaftsministerium, Hartmut

Fiedler, drehte sich die Diskussion dann ganz um das derzeit drängendste Thema des Mittelstandes in und um Freiberg: Die geplante Ortsumgehung.

Zwar wurden auch allgemeine Aspekte der Verkehrsinfrastruktur diskutiert. So zum Beispiel die Schiefelage, dass Deutschland weit über 700 Mrd. € jährlich für Arbeit und Soziales ausgibt, für Bau und Betrieb von Bundesfernstraßen – wichtigster Teil der Infrastruktur gerade für den Mittelstand – aber nur 3,9 Mrd. €. Aber das größte Interesse weckt derzeit einfach die Bauverzögerung der Ortsumgehung. Und daher war auch der Veranstaltungsort des Abends

von mir mit Bedacht ausgewählt: So soll er verstanden werden als Bekenntnis der FDP zur Ortsumgehung Freiberg.



Ein Neuanfang mit Philipp Rösler

Bei der Bundestagswahl haben wir mit 14,6 Prozent unser bestes Wahlergebnis aller Zeiten erreicht. In den jüngsten Wahlumfragen erhalten wir gerade noch drei Prozent Zuspruch der Wählerinnen und Wähler. Das bedeutet umgekehrt, dass 97 Prozent uns nicht wählen würden.

Woran liegt das?

Am Programm kann es nicht liegen. Denn wenn man sich das Programm der Grünen anschaut, findet man da Forderungen nach der sofortigen Aufnahme der Türkei in die EU, nach einer Erhöhung der Hartz IV-Sätze und nach Steuererhöhungen. Das kostet unser Land Milliarden und niemand wird glauben, dass das ein tragfähiges Konzept ist, zumindest nicht die 25 Prozent, die die Grünen Umfragen zufolge derzeit wählen würden.

Ich sage: Es liegt an der Glaubwürdigkeit. Ich erinnere nur an den SPD-Wahlspruch vor der Bundestagswahl 2005 „Mit uns keine Merkelsteuer“. Nach der Wahl hat die SPD dann nicht nur die von der Union geplante Mehrwertsteuererhöhung um



zwei Prozentpunkte mitgetragen, sondern die Union noch übertroffen und einen weiteren Prozentpunkt draufgelegt. Ein Paradebeispiel dafür, wie man in kürzester Zeit Glaubwürdigkeit verspielt.

Wir selbst haben immer wieder Steuersenkungen versprochen und haben dieses Versprechen bisher nicht eingelöst. Das hat die Menschen sehr enttäuscht. Allerdings haben wir es auch nicht einfach mit Herrn Schäuble. Der Bundesfinanzminister erstickt jeden Plan, die Steuern zu senken, im Keim und torpediert das „Projekt Steuersenkung“ in der Regierung, wo es nur geht. Es muss im Nachhinein als unser gravierendster Fehler angesehen werden, dass

wir nicht selbst das Finanzministerium übernommen haben, um unser größtes Wahlversprechen einzulösen.

Dieser Fehler lässt sich nun leider nicht mehr korrigieren. Hinzu kommt, dass wir aktuell alle Kraft darauf verwenden müssen, den Euro stabil zu halten und unsere Währung zu sichern.

Aber nach dem Verzicht Guido Westerwelles auf den Vorsitz bekommt nun Philipp Rösler die Chance, verlorengegangenes Vertrauen für uns zurückzugewinnen.

Ich bin sicher, dass ihm diese Herkulesaufgabe gelingen kann und wünsche ihm viel Erfolg!



Der Nächste bitte ...

Die Eurokrise lässt uns nicht verschlafen. Wie beim Arzt ins Wartezimmer hineingerufen wird, so rufen auch die Euroländer. Und nun liegt der nächste Patient im Behandlungszimmer, wie Fachleute schon lange prognostiziert hatten: Mit Schreiben vom 7. April hat Portugal in Brüssel Finanzhilfen beantragt. Diagnose: Die Zahlungsfähigkeit des Landes ist akut gefährdet. Der genaue Bedarf steht noch nicht fest. Aber als erste Schätzung hören wir von bis zu 90 Mrd. €, sozusagen als lebenserhaltende Maßnahme. Es bleibt zu hoffen, dass die Experten Unrecht haben. Nach deren Meinung wäre Italien oder Spanien der nächste Patient.

Nebenbei kommen noch weitere Belastungen auf uns zu für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der ab 2013 den jetzigen Rettungsschirm ablösen soll. Dafür überweisen wir in den nächsten Jahren 22 Mrd. € direkt nach Brüssel und geben Bürgschaften in einer Größenordnung von 168 Mrd. €, beides entsprechend dem deutschen



Anteil. Und da mit dem ESM auch eine so genannte Nachschusspflicht vereinbart worden ist, muss es nicht bei diesen Beträgen bleiben. Verschlechtert sich die Lage weiter, werden wir wieder zur Kasse gebeten.

Zum beschlossenen ESM hat der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium Hr. Schäuble nun einen bemerkenswerten Brief geschrieben. Die 30 renommierten Professoren erklären darin unter anderem:

- Die am 11. März getroffenen Vereinbarungen zum ESM seien „Besorgnis erregend“.
- Die Regelungen drohen, „Deutschland sowie andere Geberländer zu überfordern“.
- Der ESM verfestige die „Fehlsteuerung ... auf den Kapitalmärkten.“

Hart gehen die Experten mit der Politik ins Gericht. Und die Prognose, die sie abgeben, bestätigt mich leider und lässt für die Zukunft Schlimmes fürchten:

Das Versprechen der Politik, Deutschland sei künftig durch hinreichende Vorkehrungen im ESM vor übermäßiger Belastung geschützt, so schreiben die Gelehrten, wird nicht haltbar sein.

Bei all diesen Summen, die uns die Sicherung unserer Währung in den letzten Jahren gekostet hat und noch kostet, wird aber auch deutlich, warum Steuererleichterungen derzeit kaum verhandelbar sind. Auch wenn die Milliardenüberweisungen nach Brüssel hier sehr schmerzen und keinem mehr schaden als uns, weil unser Wahlversprechen einzulösen immer schwerer wird, muss man festhalten: Die Stabilisierung des Euro muss die oberste Aufgabe bleiben. Ein stabiler Euro ist am Ende des Tages wichtiger als Steuer-senkungen.

Arabische Umbrüche und die Flüchtlinge



Korruption, Armut und politische Unterdrückung – so sah die Lage in zahlreichen arabischen Staaten bis Anfang dieses Jahres aus. Heute, nach dem Sturz des tunesischen und des ägyptischen Diktators, befinden sich weite Teile der arabischen Welt in einem Umbruch. Das ist eine einmalige Chance für die Demokratie.

Doch was sich in Kairo und Tunis rasch und weitestgehend ohne Blutvergießen vollzog, stürzte Libyen in einen heftigen Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang. Dabei geht es um mehr als nur einen beliebigen Vorgang in einem fernen Land. Die Unterstützung des Drangs der Menschen nach Selbstbestimmung in Freiheit sollte uns Verpflichtung sein, aus unserer eigenen Geschichte heraus und wegen des hohen Maßes an Freiheit, das wir selbst genießen können. Einem Liberalen ist es ohnehin eine Herzenssache.

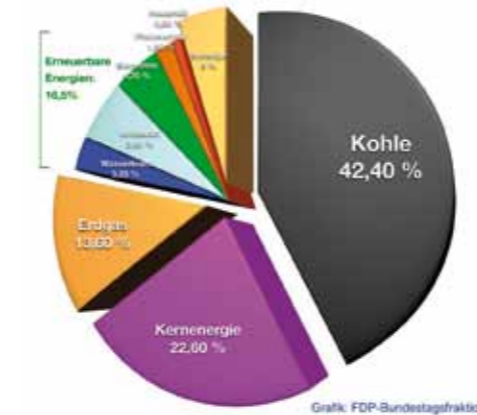
Fukushima und die Folgen ...

Die Katastrophe von Japan hat uns wieder einmal vor Augen geführt, dass der Mensch die Kernenergie nicht beherrschen kann. So wird nach Sellafield, Harrisburg und Tschernobyl nun Fukushima zu einem weiteren tragischen Beispiel für die Gefahren der Atomenergie.

Und auch wenn uns Allen diese Gefahren und Risiken zu jeder Zeit klar gewesen sein müssen, haben die Ereignisse von Japan die öffentliche Debatte um die Kernkraft ganz neu entfacht. Wichtig ist, dass wir diese Debatte jetzt sachlich und rational führen und nicht unter den Eindrücken der schockierenden Bilder von Fukushima falsche Entscheidungen treffen.

Richtig ist zunächst, dass wir schnellstmöglich aus der Kernenergie aussteigen müssen. Die ungelöste Endlagerfrage und die Gefahr des GAUs sind mehr als nur hinreichende Argumente dafür. Das galt vor Fukushima und das gilt jetzt.

Doch man kann nicht aus der Kernenergie aussteigen, ohne zugleich zu sagen, woher die Energie dann kommen soll. Die populistische Ausstiegsforderung alleine hilft nicht,



Deswegen hat sich die Bundesregierung die Entscheidung, sich im Uno-Sicherheitsrat bei der Frage der Flugverbotszone über Libyen zu enthalten, auch nicht leicht gemacht. Heftig wurde sie dafür kritisiert. Es hieß, die Bundesregierung würde ihrer Verantwortung nicht gerecht. Das ist schäbiges Oppositionsgeschrei und ein Hohn angesichts der Toten und Verletzten, die der Konflikt fordert. Denn Verantwortung wahrzunehmen kann ja nicht heißen, in jedem Fall in den Krieg zu ziehen.

Und es ging bei der Entscheidung um die Frage von Krieg und Frieden. Die muss jeder für sich selbst beantworten – und dann die Konsequenzen tragen. Denn es gibt dabei keine richtige und keine falsche Antwort. In jedem Fall sterben Menschen: Entweder die libysche Bevölkerung oder libysche und alliierte Soldaten. Das ist die eigentliche Tragik. Und seriöse Politik kann nicht am grünen Tisch eine Flugverbotszone beschließen ohne die Bereitschaft, sie im Zweifel auch selbst mit Gewalt durchzusetzen. So zu entscheiden und die schmutzige Arbeit dann Anderen zu überlassen – das nenne ich verantwortungslos!

Die Bundesregierung leistet aber selbstverständlich humanitäre Hilfe, um das menschliche Leid einzugrenzen. Der Flüchtlingsstrom, der derzeit aus Libyen herausdrängt, könnte nur der Anfang sein. Nach Experteneinschätzung wollen bis zu 100 Mio. Afrikaner nach Europa. Das zeigt, wie groß das Leid, die Angst und die Unsicherheit in Libyen und darüber hinaus in Afrika sind. Aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen, aber vor Allem aus humanitären Gründen, hilft Deutschland in Libyen – nur eben nicht militärisch.



wenn wir nicht demnächst abends wieder bei Kerzenlicht zusammensitzen wollen. Energiepolitik ist komplexer. Deshalb hat die christlich-liberale Bundesregierung im Herbst als erste Bundesregierung ein Energiekonzept vorgelegt. Es zeigt einen Weg auf, der von Kernkraft und Kohle weg- und zu erneuerbaren Energien hinführt.

Bei der Gestaltung künftiger Energiepolitik gilt es vor allem zu beachten:

- Energie muss bezahlbar bleiben. Steigende Energiepreise sind zutiefst unsozial, denn sie belasten kleine Einkommen proportional stärker. Und auch für die Wirtschaft sind sie eine große Belastung, die Arbeitsplätze vernichtet. Schließlich zahlen die Unternehmen dann weniger Steuern, was wiederum dem Staat Einnahmeverluste bringt.
- Wenn wir jetzt schneller aus der Kernenergie aussteigen wollen, geht das nur, indem vorübergehend Gas- und Kohlekraftwerke ihren Ausstoß steigern. Damit wird es aber schwerer, das Ziel der CO²-Reduktion zu erreichen.
- Langfristig müssen wir unabhängiger von ausländischem Öl und Gas werden. Nicht nur, dass diese Ressourcen endlich sind. Sie machen uns international wegen unseres Energiebedarfs erpressbar.
- Wenn wir den Ausbau in die erneuerbaren Energien jetzt beschleunigen, müssen wir verstärkt in den Ausbau der Netze investieren, damit der Transport von dort, wo Energie z. B. aus Wind und Sonne gewonnen werden kann, dorthin, wo sie gebraucht wird, möglich wird. Es fehlen 3.600 Kilometer Stromleitungen. Und wir müssen in Speichermöglichkeiten investieren. Die derzeit einzige Möglichkeit dazu sind Pumpspeicherkraftwerke, die

bei Energieüberschuss Wasser bergauf pumpen, um es bei Energiebedarf auf eine Turbine hinabstürzen zu lassen. Schon um die so genannte Grundlast im Stromnetz zu gewährleisten, weil Wind und Sonne ja nicht permanente Energie liefern, bräuchten wir aber viel mehr Pumpspeicherkraftwerke als schon aus geographischer Sicht überhaupt bei uns gebaut werden können.

• Nationale Alleingänge beim Atomausstieg machen wenig Sinn. Bei 196 Reaktorblöcken in Europa hilft es wenig, wenn Deutschland mit seinen 17 Kernkraftwerken aus der Kernenergie aussteigt, um dann den Atomstrom aus Tschechien oder Frankreich zu importieren, wo Kraftwerke nur wenige Kilometer hinter der Grenze stehen.



Leider wird die Diskussion nicht von allen Beteiligten ehrlich geführt, denn die Grünen behindern den Netzausbau oder den Bau von Pumpspeicherkraftwerken wo es geht. Das passt leider dazu, dass die Suche nach einem atomaren Endlager unter Rot-Grün und Schwarz-Rot nicht weiterbetrieben wurde und wir wertvolle Zeit verloren haben. Die Grünen agieren nach dem Motto „Wasch‘ mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

Luftprobenentnahmen auf dem Schwarzenberg verdoppelt

Die Luftbelastung im Erzgebirge ist ein Dauerthema und gibt immer wieder Anlass zu negativer Berichterstattung über unser schön-

es Erzgebirge. Der Kampf für eine bessere Luft dauert nun schon Jahrzehnte. Daher freue ich mich umso mehr, mal wieder einen kleinen Erfolg im Kampf gegen den sporadischen Gestank berichten zu können: Sachsens Umweltminister Frank Kupfer kündigte bei unserem gemeinsamen Besuch der Luftmessstation auf dem Schwarzenberg Mitte März an, dass in diesem Jahr mit 100 Luftproben mehr als doppelt so viele genommen werden wie 2010. Er machte damit deutlich, dass die Sorgen der Menschen ernst genommen werden. Durch diese systematischen Untersuchungen soll die Luft im Erzgebirge zukünftig genau überprüft werden. Es bleibt zu hoffen, dass die neuen Erkenntnisse helfen



Diskussionsrunde am 14.03.2011 in Neuhausen



Sachsens Umweltminister Frank Kupfer (li.), Heinz-Peter Hausteine (re.) bei der Besichtigung der Luftmessstation

werden, der Ursache für die Geruchsbelastungen auf den Grund zu gehen.

Ein offenes Ohr: Bürgerbüro in Schwarzenberg eröffnet

Viele Gäste konnten wir zur feierlichen Eröffnung des neuen Bürgerbüros in Schwarzenberg am 4. April begrüßen. Neben Landrat Frank Vogel und Oberbürgermeisterin Heidrun Hiemer fanden aber auch sogleich die ersten politisch interessierten Bürger den Weg in die Karlsbader Straße 5, ganz so wie es sein soll. Denn das Büro mit seinen wöchentlichen Sprechzeiten am Dienstag (10 - 14 Uhr) und am Donnerstag (13 - 17 Uhr) soll als Anlaufstelle den politischen Dialog fördern. Ich hoffe, die Schwarzenberger mit dem neuen Büro noch stärker dazu ermutigen zu können, sich mit ihren Fragen und Anliegen direkt an mich zu wenden. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen!



Heinz-Peter Hausteine (li.), Oberbürgermeisterin Schwarzenberg Heidrun Hiemer (re.)

Terminankündigung:

Die Sommertour der FDP-Bundestagsfraktion wird am 15. Juli 2011 in Schwarzenberg Station machen. Ich lade Sie schon jetzt dazu ein, uns dort zu besuchen.

Das Erzgebirge im Bundestag

Ostern ist im christlichen Kalender ein besonderer Anlass zum Feiern, umso mehr freue ich mich, künftig auch in der Osterzeit ein Stück Heimat in Berlin erleben zu können.

Zu Ostern stiftete ich nun dem Bundestag ein echt erzgebirgisches Osterhasenpärchen. Der Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft und ehemalige Bundesforschungsminister, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, nahm den kunstvoll und handgefertigten Osterschmuck dankend und freudestrahlend entgegen.



Präsident der Dt. Parlamentarischen Gesellschaft, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (li.), Heinz-Peter Hausteine (re.)

Peters Woche

Schauen Sie auch unter www.youtube.com/fdp bzw. meiner Homepage www.heinz-peter-hausteine.de die aktuelle Folge von Peters Woche mit meinem Kommentar zur aktuellen Politik an.



Heinz-Peter Hausteine

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltsausschuss
Finanzausschuss (stellv.)

In dieser Ausgabe

- Gut besuchter Mittelstandskongress
- Ein Neuanfang mit Philipp Rösler
- Der Nächste bitte ...
- Arabische Umbrüche und die Flüchtlinge
- Fukushima und die Folgen ...
- Luftprobenentnahmen auf dem Schwarzenberg verdoppelt
- Ein offenes Ohr: Bürgerbüro in Schwarzenberg eröffnet
- Das Erzgebirge im Bundestag

Deutscher Bundestag

Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73940
Fax: 030 227-76134
E-Mail:
heinz-peter.hausteine@bundestag.de
Internet:
www.heinz-peter-hausteine.de

Wahlkreisbüros:

Wolkensteiner Straße 32
09456 Annaberg-Buchholz
Tel.: 03733 506521
Fax: 03733 506524
E-Mail:
heinz-peter.hausteine@wk.bundestag.de

Grünthaler Straße 63
09526 Olbernhau
Tel.: 037360 79326
Fax: 037360 79389

Bürgerbüros:

Karlsbader Straße 5
08340 Schwarzenberg
Tel.: 03774 1744644

An der Markthalle 4
09111 Chemnitz
Tel.: 0371 6664900
Fax: 0371 6664902

IMPRESSUM

Herausgeber
Heinz-Peter Hausteine
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Druck:
Druckerei E. Gutermuth, Grünhainichen

Haustein Post

Ausgabe April 2011

Liebe Freundinnen und Freunde der freiheitlichen Idee, liebe Leserinnen und Leser der Haustein Post!

Wir leben in bewegten Zeiten. Japan wurde vom heftigsten Erdbeben seit Beginn der Aufzeichnungen sowie einem 10 Meter hohen Tsunami und in deren Folge von einer atomaren Katastrophe heimgesucht. Nach Harrisburg und Tschernobyl wird Fukushima damit zum traurigen Synonym für die Unkontrollierbarkeit der Kernenergie. Die Debatte darüber, welche Konsequenzen wir aus diesem Unglück ziehen müssen, ist in vollem Gange.

In der arabischen Welt drängen die Menschen auf Freiheit und jagen ihre Diktatoren vom Hof. Spätestens mit der Enthaltung im Un-Sicherheitsrat wurde dieser Konflikt auch unserer. Doch auch die Flüchtlingswelle, die von Nordafrika aus über Europa hereinzubrechen droht, stellt uns vor große Herausforderungen. Nach Schätzungen wollen bis zu 100 Mio. Menschen aus Afrika nach Europa. Angesichts der Dimension dieser Ereignisse blieb von der Öffentlichkeit beinahe völlig unbemerkt, dass mit Portugal gerade das dritte europäische Land Finanzhilfen in Brüssel beantragt hat. Dabei ist die Sprengkraft dieser Vorgänge für unsere Zukunft kaum ungefährlicher als der Super-GAU.

Und natürlich muss in diesen Tagen auch etwas zu unserer eigenen Lage gesagt werden. Denn es muss nachdenklich stimmen, wenn unsere Umfragewerte nur gut eineinhalb Jahre nach dem besten Bundestagswahlergebnis unserer



Parteigeschichte bei drei Prozent liegen. Demnach haben wir die Zustimmung von 80 % unserer Wähler verloren.

Doch trotz dieser bewegten Zeiten oder gerade deswegen wünsche ich Ihnen für die vor uns liegenden Ostertage eine erholsame und sinnliche Zeit im Kreise Ihrer Familien – zum Ausspannen und Rückbesinnen auf die wirklich wichtigen Dinge des Lebens!

Ihr/Euer

Gut besuchter Mittelstandskongress

Großer Andrang herrschte am 11. April im Freiburger Brauhof beim Mittelstandskongress der FDP-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Verkehrsinfrastruktur und Mittelstand

als Wirtschaftsmotor“. Etwa 150 Gäste folgten unserer Einladung.

Nach einführenden Referaten des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Jan Mü-

